

Schattenfinanzindex: Aktivisten erklären USA zur Steueroase

Von Stefan Schultz

Weltweit kämpfen die USA für mehr Steuertransparenz - doch zu Hause nehmen es die Amerikaner offensichtlich selbst nicht so genau. In einem neuen Ranking der wichtigsten Schattenfinanzplätze kommt das Land auf Platz drei



REUTERS

US-Präsident Obama: Schädliche und unverantwortliche Geheimhaltung?

Die Vereinigten Staaten haben sich zuletzt als Kämpfer gegen Steuerflucht geriert. Mit unerbittlicher Härte gingen sie gegen Schweizer Banken vor, die mutmaßliche US-Steuersünder in ihrem Kundenkreis hatten. Doch nun zeigt sich, dass die USA bei ihrem Kampf gegen Geldwäscher, Steuersünder und Finanzverbrecher offensichtlich mit zweierlei Maß messen.

Laut einer Analyse des Tax Justice Network (TJN) gehen die Vereinigten Staaten zwar gegen Steueroasen im Ausland vor, fungieren aber ihrerseits als Steueroase für Ausländer. Diese "Doppelmoral muss angegangen werden", fordert die Nichtregierungsorganisation, die sich für mehr Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten einsetzt.

Die sehr umfassende TJN-Analyse hat einen bedeutungsschwangeren Titel: Schattenfinanzindex. Die Organisation untersucht bereits zum vierten Mal die Finanzsektoren von gut hundert Ländern. Anhand von 15 Kriterien bewerten die Experten die Transparenz eines Standorts. Zusätzlich vermessen sie sein globales Gewicht. Aus diesen beiden Faktoren ergibt sich dann das Ranking.

Schattenfinanzindex 2015: Das sind die zehn schlimmsten Steueroasen

Rang 2015	(Rang 2013)	Land
1	(1)	Schweiz
2	(3)	Hong Kong
3	(6)	USA
4	(5)	Singapur
5	(4)	Kaimaninseln
6	(2)	Luxemburg
7	(7)	Libanon

8 (8)	Deutschland
9 (13)	Bahrain
10 (16)	Dubai

Quelle: Tax Justice Network

Die USA sind in dieser Negativ-Rangliste deutlich aufgestiegen. Bei der vergangenen Auswertung belegten sie noch Platz sechs, nun schon Platz drei. Die Autoren der Studie führen dafür eine ganze Reihe von Gründen an:

- Die US-Regierung gewähre Ausländern noch immer eine Reihe von **Steuererleichterungen und Geheimhaltungsgarantien**, heißt es in der Analyse. Manche davon stammten noch aus der Zeit des Vietnamkriegs, in der sich die US-Regierung besonders mühte, das Kapital reicher Ausländer ins Land zu locken, um die steigenden Kriegskosten zu finanzieren.
- Während immer mehr Länder einen gegenseitigen **Austausch von Finanz- und Steuerdaten** vereinbarten, seien die USA nicht in der Lage, solche Informationen vollständig zu liefern - schon allein deshalb, weil US-Banken manche der international üblichen Angaben laut Gesetz gar nicht erheben müssen.
- Auf der Ebene der US-Bundesstaaten geht es laut TJN teils noch klandestiner zu: In Delaware oder Nevada etwa gebe es eine große Toleranz für **anonyme Tarnfirmen**.

"Die Vereinigten Staaten haben der globalen Schattenfinanzindustrie durch die erzwungene Öffnung solcher Festungen wie der Schweiz einen verheerenden Schlag zugefügt", sagt TJN-Chef John Christensen. "Aber nach den Bemühungen, sich selbst zu schützen, scheitern die USA daran, Informationen in die andere Richtung zu liefern."

Aus Christensens Sicht ist das umso verheerender, da sich die Lage in vielen anderen Ländern gerade bessert:

- So hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (**OECD**) ein System eingeführt, mit dem Länder **automatisch Daten austauschen** können, die dem Kampf gegen Steuerhinterziehung dienen.
- Die **EU** hat begonnen, das System **Briefkastenfirmen aufzubrechen**, indem Zentralregister über deren wirtschaftlich Berechtigte eingeführt werden.
- Auch verlangt **Brüssel** nun von einigen **multinationalen Konzernen** länderspezifische Finanzdaten.

Das alles bietet Chancen für mehr Steuergerechtigkeit. An anderer Stelle indes lauern laut Schattenfinanzindex noch immer Gefahren: Steuertrickser haben demnach weiter viele Möglichkeiten, sich hinter Treuhändern zu verstecken. Außerhalb der EU sind zudem Briefkastenfirmen alles andere als tot: Ein beliebter Standort sei Dubai, schreiben die Experten. Ein weiterer: Nevada, USA.

Auch **Deutschland** kommt im Schattenfinanzindex alles andere als gut weg. Die Bundesrepublik belegt in dem Negativ-Ranking Platz acht. Sie sei ein "sicherer Hafen für die gestohlenen Reichtümer von Diktatoren, Steuerfluchtgelder und Mafiavermögen aus aller Welt", heißt es in der Analyse.

So zeige sich die Bundesrepublik etwa äußert nachlässig bei der Durchsetzung von Regeln zur Geldwäschebekämpfung und beteilige sich nicht ausreichend am Austausch von steuerrelevanten Daten mit anderen Ländern. Ausländische Vermögenswerte würden in Deutschland teils über komplizierte Strukturen geheim gehalten, die sich über Schattenfinanzzentren wie die Kaimaninseln und die Schweiz erstrecken.